

Markus Kurth MdB,
sozialpolitischer und behindertenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion
41 Jahre alt, Dortmund
seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags

Aus Schaden klug werden!

Gerade nach den Erfahrungen mit Hartz IV ist bei jedem Versuch einer Neuordnung sozialer Sicherungssysteme außer der guten Absicht auch das Risiko von Schäden abzuschätzen. Ich sage dies als Abgeordneter, der den politischen Prozess um die Arbeitsmarktreform im Jahr 2003 mit gestaltet, aber letztlich mit „Nein“ gestimmt hat. Fragwürdigkeiten wie rigide Zumutbarkeitsregeln oder viel zu niedrige Regelsätze hatten die ursprüngliche Hoffnung auf eine Grundsicherung mit emanzipatorischem Charakter enttäuscht. Es ist richtig und notwendig, dass wir Grüne gerade angesichts unserer früheren Mitverantwortung jetzt für einen Neuaufbruch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eintreten.

Es wäre aber hochriskant, wenn nicht gar fahrlässig, vorschnell in einer totalen Umwälzung des Sozialsystems sein politisches Heil zu suchen. Das Konzept eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ etwa müsste in einem nach wie vor sozialstaatskritischen Klima realisiert werden. Wer garantiert dann, dass nicht bloß ein universeller Kombilohn entsteht? Woher sollen politische Mehrheiten für einen Mindestlohn kommen, wenn Erwerbseinkommen nicht mehr die vorrangige Einkommensquelle sind und folglich das Hauptargument „Man muss von seiner Hände Arbeit leben können!“ nicht mehr sticht? Wer wird die allgemeine Kritik an der Sozialstaatsbürokratie am besten ausnutzen? Sicherlich gibt es zuviel Bürokratie im deutschen Sozialstaat. Aber alle, die in der Praxis sozialer Arbeit stehen, wissen auch um die Notwendigkeit eines vielfältigen Hilfesystems für Wohnungslose, Überschuldete, Frauen in Frauenhäusern, Weglaufkinder und die vielen anderen Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten. Zwar beteuern Grüne Befürworter eines Grundeinkommens, dass sie dieses Leistungsspektrum nicht schleifen wollen. Doch die Suggestion der Einfachheit wird im Rahmen konkreter Verteilungskämpfe um Steuermittel ihre ganz eigene Sogwirkung entfalten. Ein politisches Konzept, das Einfachheit verheißt, wird diese auch einlösen müssen. Ob gute Wünsche vor der Kraft dieser Verheißung standhalten können, darf getrost bezweifelt werden.

Immerhin: Einigkeit besteht, dass sozialstaatliche Hilfestellungen, Angebote und Maßnahmen sich in erster Linie nach den Bedürfnissen, Wünschen und Möglichkeiten der Menschen richten müssen. Kooperatives sozialstaatliches Handeln mit den Menschen erfordert jedoch mehr als eine allgemeine Einkommensgarantie auf niedrigem Niveau. Emanzipation und Befreiung aus Notlagen benötigen einen am Individuum orientierten Einsatz finanzieller und institutioneller Ressourcen. Eine bedarfsgeprüfte und mit belastbaren sozialen Bürgerrechten ausgestattete Grundsicherung ist hierfür der zielgenauere Weg.